Zeitschrift: Schweizer Monatshefte : Zeitschrift für Politik, Wirtschaft, Kultur
Herausgeber: Gesellschaft Schweizer Monatshefte
Band: 15 (1935-1936)
Heft: 9

Artikel: Die schweizerische Armee an der Jahreswende
Autor: Zeugin, Gottfried
DOI: https://doi.org/10.5169/seals-158049

Nutzungsbedingungen
Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation
L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use
The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 13.12.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

Die schweizerische Armee an der Jahreswende.

Von **Gottfried Zeugin.**

Vor einigen Wochen ist Arthur Henderson, der Präsident der Abrüstungskonferenz, gestorben. Die Konferenz selber war schon lange still und ohne Aufhebens entschlafen und mit ihr auch der Gedanke der Abrüstung, der verdrängt worden ist durch ein neues Wettrüsten und durch den Ausbruch eines Kolonialkrieges, von dem man noch nicht weiß, ob er nicht auch noch auf Europa übergreifen wird. Zwei Mitgliedstaaten des Völkerbundes befinden sich heute im Kriegszustand, ohne daß eine Kriegserklärung erfolgt wäre und ohne daß der Völkerbund den Ausbruch des Krieges hätte verhindern können, trotzdem man diesen Krieg schon Monate vorher kommen sah und der angreifende Staat seine Kriegsvorbereitungen ganz offen betrieb. Heute spricht man sogar davon, den Angreifer zu belohnen durch bedeutenden Gebietszuwachs auf Kosten des angegriffenen Landes, das überdies seine Selbständigkeit verlieren würde durch ein etwas verschleiertes Mandatsystem. Das ist die Sicherheit, die der Völkerbund seinen Mitgliedstaaten bieten kann! Wir erleben es so eindringlich wie schon lange nicht mehr, daß auf Verträge und Pakte kein Verlaß ist. Und doch hat auch die Schweiz sich allzulange gestützt auf die Abrüstungsbestrebungen und auf ihre Mitgliedschaft im Völkerbund und darüber in entscheidenden Jahren den rechtzeitigen Ausbau ihres Wehrwesens vernachlässigt, z. T. auch begründet durch eine falsch angewandte Sparwut. Wohl hat vor ungefähr zwei Jahren die Stimmung gründlich umgeschlagen und verschiedene Maßnahmen sind getroffen worden, um die Landesverteidigung wieder auszubauen und nach den heutigen Erfordernissen umzugestalten. Allein der lange Stillstand läßt sich nicht mit einem Schlage wieder einholen und so sind wir denn am Ende dieses Jahres noch nicht viel weiter als vor zwei Jahren, als man die dringende Notwendigkeit des Ausbaues der Armee endlich erkannte und ihr zu entsprechen beschloß.

Für die geistige Umstellung im Volke ist bezeichnend der zu Beginn des Jahres eingetretene Umschwung in der Haltung der Sozialdemokratie zur Landesverteidigung. Ein Parteitag bejahte grundsätzlich Armee und Landesverteidigung, allerdings unter einer Formulierung, die nicht befriedigen kann. Dieser Umschwung hat denn auch die sozialdemokratische Partei nicht gehindert, die Wehrvorlage abzulehnen. Rote Magistraten haben dann im Laufe des Jahres verschiedentlich ihre „Militärfreundlichkeit" bekundet durch Manöverbesuche, Offiziersempfänge und Ansprachen an Truppenkörper bei der Fahnenabgabe oder bei Erinnerungsfeiern. Doch wird man gut tun, diese „Militärfreundlichkeit" vorläufig noch in Anführungszeichen zu setzen, solange gleichzeitig noch die roten Gazetten fortfahren in ihrer gehässigen und übelwollenden Kritik an der Armee oder einzelnen ihrer Führer, und solange noch Schildbürger-

streiche vorkommen wie in Basel beim Fall Bietenholz. Bietenholz war Beamter im Vormundschaftswesen und wurde 1929 von der Regierung von Basel-Stadt aus dem Staatsdienst entlassen, weil er seine Pflichten gegenüber dem Lande nicht erfüllte und vom Militärgericht wegen Dienstverweigerung verurteilt worden war. Diese Erledigung des Falles Bietenholz hat damals in allen vaterländischen Kreisen Genugtuung ausgelöst, und die Basler Regierung wurde verschiedentlich andern Kantonsregierungen, die nicht so viel Mut zur Sauberkeit aufbrachten, als leuchtendes Vorbild empfohlen. Nun weist seit dem Frühling 1935 die Basler Regierung eine rote Mehrheit auf, die sich schon durch ihre seltsame Personalpolitik auszeichnet. Ihr neuester Streich ist die Wiedereinstellung des Genossen Bietenholz in den Staatsdienst, trotz der früheren Verurteilung durch das Militärgericht. Man tut gut, sich solche Fälle gut zu merken und sich ihrer zu erinnern, wenn sozialdemokratische Regierungs- und Stadträte wieder in Militärfreundlichkeit machen. Der Verdacht drängt sich auf, daß diese Militärfreundlichkeit wie überhaupt die offizielle Bejahung der Landesverteidigung nicht viel mehr sei als ein reines Parteimanöver und nur erfolgt sei aus parteipolitischen Gründen, nicht aus einer wirklichen geistigen Umstellung. Einmal glaubte man, mit der Bejahung der Landesverteidigung weite Kreise des Mittelstandes (Angestelltenkartell) und die Kleinbauern für die sozialdemokratische Partei bezw. für die unter ihrer Führung stehende Front der Arbeit zu gewinnen, und anderseits muß man sich schon notgedrungen zur Landesverteidigung bekennen, wenn man dem Fascismus in jeder Form den Krieg predigt und lieber heute schon als erst morgen zum Kreuzzug gegen das Dritte Reich oder gegen den italienischen Fascismus aufrufen würde. Unter solchen Umständen ist selbstverständlich auf die sozialistische Bejahung der Landesverteidigung kein Verlaß, weil sie kein unbedingtes Bekenntnis bedeutet, sondern eine reine Opportunitätseinstellung, die wieder wechseln kann unter andern Verhältnissen.

Von weit größerer Bedeutung als die Umstellung der Sozialdemokratie ist denn auch das Resultat der Volksabstimmung vom 24. Februar 1935 über die Verbesserung der militärischen Ausbildung, die vor allem eine Verlängerung der Rekrutenschule bringen wird. Die Vorlage, die dank einer kommunistisch-sozialistischen Referendumsbewegung dem Volksentscheid unterbreitet werden mußte, ist vom Volke mit dem gleichen Stimmenverhältnis angenommen worden wie 1907 die neue Militärorganisation, die damals ebenfalls eine Verlängerung der Rekrutenschule brachte. Das Abstimmungsresultat stellt der Einsicht des Schweizervolkes ein schönes Zeugnis aus und beweist, daß unsere Demokratie noch lebensfähig ist und sich dem Fortschritt nicht verschließt, auch wenn er vermehrte Lasten bringt für den Einzelnen wie für die Gesamtheit.

Der Fall Hagenbuch, der lange das Ansehen der Armee bedrohte, ist im Laufe des Sommers erledigt worden durch den militärgerichtlichen Ausschluß Hagenbuchs aus der Armee. Der angegriffene Oberstkorps-

kommandant Wille ist sauber und integer aus dem Prozeß hervorgegangen, während der Psychopat Hagenbuch in einem ganz bedenklichen Licht erschien. Noch bedenklicher allerdings standen nach dem Gerichtsverfahren die Sozialdemokraten da, die sich Hagenbuchs haltlose Anschuldigungen ohne weiteres zu eigen gemacht hatten und damit einen ganz bösen Reinfall erleben mußten. Auch die unwürdige Art und Weise, wie der Fall Hagenbuch von der sozialdemokratischen Presse ausgeschlachtet wurde und heute noch herhalten muß zu immer neuen Angriffen gegen Oberstkorpskommandant Wille, ist charakteristisch für die Ehrlichkeit der weiter oben besprochenen Bejahung der Landesverteidigung durch die sozialistische Partei. Wir haben bei abschließender Besprechung des Falles Hagenbuch in Heft 5 der „Schweizer Monatshefte" darauf hingewiesen, daß die Duldsamkeit gegen zweifelhafte Elemente gefährlich sei und wohl noch mancherorts ein verantwortungsfreudiges Einschreiten der Armee nur nützen könnte. Wir erwähnen heute lediglich den Fall Hauser, obwohl der sozialistische Basler Regierungspräsident der Armee nicht angehört. Dafür ist Hauser Mitglied der Eidgenössischen Turn- und Sportkommission, einer Kommission des Eidgenössischen Militärdepartements, die auch von diesem ernannt wird. Nachdem Hausers Ehre in der bekannten Geheimkassenaffäre ordentlich beschädigt worden ist und die Basler Staatsanwaltschaft „objektiv" Unterschlagung feststellte, auf Anklageerhebung aber verzichtete mangels Beweises des „subjektiven" Tatbestandes, berührt es mehr als seltsam, daß das Eidgenössische Militärdepartement mit den übrigen Mitgliedern der Turn- und Sportkommission auch den „Geheimen Kassenrat" Hauser für eine neue Amtsdauer von drei Jahren bestätigt hat. Merkt man in Bern nicht, daß nicht allein das Ansehen dieser Kommission, sondern auch das Ansehen des Militärdepartementes im Volke leiden muß, wenn man nicht mehr hält auf Sauberkeit?

* * *

Die Arbeit der Armee vollzog sich 1935 zum letzten Mal im gewohnten Rahmen. Während der Jahrgang 1916 ausgehoben wurde und 20 365 diensttaugliche Rekruten ergab, die nächstes Jahr zu den verlängerten Rekrutenschulen einberufen werden, ging dieses Jahr der Jahrgang 1915 mit 23 600 Mann durch die Rekrutenschulen und wurde in die Armee eingereiht. Die Wiederholungskurse des Auszuges umfaßten die sieben Jahrgänge 1908—1914, während in den nächsten drei Jahren vorübergehend nur sechs Jahrgänge zum Wiederholungskurs einrücken auf Grund der neuen Bestimmungen der Militärorganisation. Erst vom Jahre 1939 an werden die Wiederholungskurse wieder sieben Jahrgänge umfassen. Im vierten Jahr des Turnus wurden die Wiederholungskurse in der 1. und 3. Division als Detailwiederholungskurse durchgeführt, in der 2. und 6. Division als Detachementswiederholungskurse und in der 4. und 5. Division als große Manöverwiederholungskurse. Die Manöver wurden geleitet von

Oberstkorpskommandant Wille bei der 4. Division und von Oberstkorpskommandant Miescher bei der 5. Division, während als Parteikommandanten die Oberstdivisionäre Bircher und von Muralt und die Obersten Ronus und Constam amteten. In der Landwehr rückten sechs Regimenter der Infanterie und zahlreiche Einheiten der Spezialwaffen zum Landwehrwiederholungskurs ein. Aktivdienst mußte erfreulicherwise auch in diesem Jahr keiner geleistet werden.

In den hohen Kommando- und Verwaltungsstellen traten im Laufe des Jahres keine Wechsel ein bis zu den jüngsten Änderungen. Bei diesen ist die Rückkehr von Oberstkorpskommandant Wille ins Militärdepartement als Waffenchef der Infanterie von größter Bedeutung, fällt sie doch in eine Zeit, wo dieser Abteilung besonders große und wichtige Aufgaben harren mit der Verlängerung der Rekrutenschulen und der Neuordnung der Ausbildung. Da Oberstkorpskomman- Wille in Vertretung des erkrankten Oberstdivisionär Borel schon seit einiger Zeit die Abteilung und damit die Vorarbeiten für die verbesserte Ausbildung interimistisch geleitet hatte, war es gegeben, ihm nun nach den Vorarbeiten auch die Durchführung anzuvertrauen, bei der ein zielbewußter Kopf, eine feste Hand und hohe militärpädagogische wie organisatorische Fähigkeiten besonders erforderlich sind, während die taktische Begabung Oberstdivisionär Borels an der Spitze der 3. Division besser zur Auswirkung gelangen kann, als auf einem Verwaltungsposten. Die Neuordnung der Ausbildung bei der Hauptwaffe, der Infanterie, vollzieht sich also unter der Leitung von Oberstkorpskommandant Wille, sodaß man den verlängerten Rekrutenschulen voll Vertrauen entgegensehen kann. Der Grad eines Oberstkorpskommandanten wird es dem neuen Waffenchef der Infanterie leichter machen, für einheitliche Auffassungen und eine einheitliche Ausbildung in allen Divisionen zu sorgen.

Die Rekrutenschulen der Infanterie werden vom nächsten Jahre an neben der Verlängerung eine weitere wichtige Neuerung aufweisen: die Bildung vollständiger Infanteriebataillone, die auch die Spezialwaffen der Infanterie umfassen. Bisher wurden in den eigentlichen Infanterierekrutenschulen nur Füsiliere und Mitrailleure ausgebildet, während Telefonsoldaten, Signalisten, Minenwerfer und Infanteriekanoniere in besonderen Schulen ausgebildet wurden. Nun dienen aber die Rekrutenschulen nicht allein der Ausbildung der Rekruten zu Soldaten, sondern auch der Ausbildung der Kader. Für die angehenden Einheits- und Bataillonskommandanten ist es nun von großer Bedeutung, daß sie schon in den Rekrutenschulen eine Truppe zur Verfügung haben in der gleichen Organisation und Zusammensetzung, wie sie sie nachher führen sollen. Da nun von 1938 an die Infanteriebataillone auch einen Zug Infanteriekanonen und zwei Züge Minenwerfer umfassen werden, sollen diese Waffen vom nächsten Jahr an auch den Rekrutenbataillonen zur Verfügung stehen während der Felddienstperiode. Dasselbe gilt für die Telefon- und Signal-

patrouillen, die bei den Gebirgstruppen zum Bataillon gehören, bei den Feldtruppen zum Regiment. Schwere Waffen und Infanteriepioniere erhalten künftig nur ihre erste soldatische und Fachausbildung in eigenen Rekrutenschulen, um nachher aufgeteilt zu werden unter die parallel laufenden Rekrutenschulen der Divisionen für die Felddienstperiode, die in vermehrtem Maße der Kampfausbildung im Rahmen der Kompagnie und des Bataillons gewidmet sein wird. Kader und Rekruten können nun schon in der Rekrutenschule die Zusammenarbeit der verschiedenen Infanteriewaffen üben. Wünschenswert wäre überdies, daß auch die Zusammenarbeit zwischen Infanterie und Artillerie schon in den Rekrutenschulen geübt werden könnte durch eine entsprechende Anordnung der Schulen der beiden Hauptwaffengattungen.

Eine solche Zusammenarbeit von Rekrutenschulen wurde schon im Jahre 1935 geübt bei den leichten Truppen. Sie steht in Zusammenhang mit der Unterstellung des Motorwagendienstes seit Neujahr 1935 und mit der auf Neujahr 1936 eintretenden Unterstellung der Radfahrertruppen unter die Abteilung für Kavallerie, und mit der geplanten Reorganisation der Kavallerie. Der neue Waffenchef der Kavallerie, der nun eigentlich Waffenchef der leichten Truppen wird, hat schon in diesem Jahr wiederholt Rekrutenschulen der Kavallerie, der Radfahrer, der Motorwagentruppe und Detachemente der schweren Infanteriewaffen zu gemeinsamen Übungen zusammengezogen, bei denen Versuche mit einer neuen Divisions-Aufklärungsabteilung gemacht wurden, die sich aus allen drei leichten und rasch beweglichen Truppengattungen zusammensetzen soll. Bemerkenswert waren auch die dabei unternommenen Versuche mit einem leichten englischen Tankmodell der Vickers Armstrong-Werke. Solche Tanks sollen sowohl den Divisionsaufklärungsabteilungen wie den leichten Brigaden, die an Stelle der heutigen Kavalleriebrigaden treten sollen, zugeteilt werden. In diesem Zusammenhang sei erwähnt, daß auch dieses Jahr wieder in den Manövern der 4. Division ein Radfahrerregiment gebildet wurde, zusammengesetzt aus zwei Radfahrerbataillonen und einer Motorartillerieabteilung wie 1934 bei den Manövern der 3. Division. Das Radfahrerregiment wurde in der ersten Übung selbständig verwendet, während es in der zweiten Übung zusammen mit einem Dragonerregiment im Brigadeverband arbeitete. Ferner ist bereits die Zahl der Radfahrerkompagnien vermehrt worden im Hinblick auf die geplante Neuorganisation der leichten Truppen.

Wir sind damit zu Fragen einer neuen Truppenordnung gekommen, die schon seit Jahren geprüft werden. Ein erster Entwurf der Generalstabsabteilung von 1933 ist bekanntlich auf starke Widerstände gestoßen wegen der starken Verminderung der Zahl der Infanteriebataillone des Auszuges von 110 auf 84. Wie man hört, liegt nun ein zweites Projekt vor, das den gegenüber dem ersten Projekt geäußerten Bedenken Rechnung tragen und nur eine geringe Verminderung der Zahl der Bataillone vorsehen soll. Das Projekt ist indessen von den zuständigen Stellen

noch nicht beraten worden und auch noch nicht an die Öffentlichkeit gelangt. Doch plant das Militärdepartement, die neue Truppenordnung auf 1938 in Kraft zu setzen. Der heutige Entwurf sollte daher möglichst rasch von den militärischen Instanzen beraten werden, damit er womöglich noch nächstes Jahr vor die eidgenössischen Räte kommt und zum Bundesbeschluß erhoben werden kann. Unterdessen sind auch im Jahre 1935 wieder verschiedene Versuche gemacht worden im Hinblick auf die neue Truppenordnung. Auch bei den Manövern der 4. und 5. Division sind moderne kleine Divisionen gebildet worden. Die Division Bircher wurde zu drei Regimentern mit je vier Bataillonen organisiert, während die Manöverdivision Ronus drei Regimenter zu drei Bataillonen und ein zehntes, selbständiges Bataillon umfaßte. Die Division von Muralt zählte zwölf Bataillone in vier Regimentern und die Manöverdivision Constam zehn Bataillone in drei Regimentern (ein Regiment zu vier Bataillonen). So sind in diesen Manövern die verschiedensten Möglichkeiten ausprobiert worden. Welcher nun der Vorzug gegeben wird, ist vorläufig noch ungewiß.

Für die 1933 beschlossene teilweise Neubewaffnung der Armee sind 1935 22 Millionen Franken zur Verfügung gestanden. Die gleiche Summe soll auch nächstes Jahr für das Bewaffnungsprogramm verwendet werden. Auch im vergangenen Jahr sind wieder drei Unteroffiziers- und Rekrutenschulen der schweren Infanteriewaffen (Minenwerfer und Infanteriekanonen) durchgeführt worden. Bereits haben neun Kompagnien ihren Wiederholungskurs bestanden, vorwiegend in den Schießschulen in Wallenstadt oder beim kombinierten Infanterie- und Artillerieschießkurs im Simplongebiet. Im Laufe des Jahres sind weitere zwölf Einheiten aufgestellt worden, sodaß nächstes Jahr schon 21 Kompagnien zum Wiederholungskurs einrücken. Die Aufteilung der schweren Artilleriewaffen auf die Bataillone ist auf Ende 1937 vorgesehen, offenbar im Zusammenhang mit der Einführung der neuen Truppenordnung. Die Zahl der Maschinengewehre ist im zu Ende gehenden Jahr auch bei den Feldbataillonen des Auszuges auf zwölf erhöht worden, sodaß nun Feld- und Gebirgsbataillone vorläufig einheitlich zwölf schwere Maschinengewehre besitzen. Später soll eine nochmalige Erhöhung auf 16 Gewehre eintreten, von denen ein Teil mit Kreiskorn und Fliegerabwehrlafette ausgerüstet wird. Bereits ist auch in den Füsilierkompagnien mit der Abgabe von leichten Maschinengewehren mit der neuen Lafette begonnen worden. Die Neubewaffnung der Gebirgsartillerie und die Beschaffung neuer 10,5 cm Motorkanonen stehen noch aus. Die Rekruten der Infanterie sind 1935 zum ersten Mal mit dem neuen Karabiner, Modell 1931, bewaffnet worden.

In Ergänzung und Ausführung der abgeänderten Militärorganisation sind im vergangenen Jahr eine Reihe von wichtigen Beschlüssen und Verordnungen erlassen worden: wir erwähnen vor allem den Bundesbeschluß über die Ausbildung der Offiziere, der schon in Nr. 5 der Monatshefte besprochen wurde, und die neue Beförderungsvorschrift.

In Ausführung des Arbeitsbeschaffungsprogrammes von 1934 ist in diesem Jahr mit der Anlage von Befestigungen in den Grenzabschnitten begonnen worden, wofür 3 Millionen Franken zur Verfügung standen. Die gleiche lächerlich kleine Summe darf nächstes Jahr für diesen Zweck verwendet werden! Über die Ausführung dieser Arbeiten herrscht begreiflicherweise Stillschweigen, wie auch über die ganz neu getroffene Organisation des Grenzschutzes, an dessen Ausbau in aller Stille sehr viel gearbeitet wird und der seine endgültige Organisation auch mit der neuen Truppenordnung erhalten dürfte durch eine reinliche Ausscheidung zwischen Truppen des Grenzschutzes und Truppen der Feldarmee.

Von größter Bedeutung nicht nur für die Armee, sondern für das ganze Land ist der Bundesbeschluß über die Erstellung neuer Landkarten. Er wird uns als erstes eine neue taktische Karte im Maßstab 1:50 000 für das ganze Gebiet bringen, später auch eine neue Detailkarte 1:25 000 und neue Karten kleineren Maßstabes. Die neuen Karten werden den bisherigen an Genauigkeit weit überlegen sein dank der modernen photogrammetrischen Aufnahmeverfahren, und, in Bezug auf die taktische Karte, dank des größeren Maßstabes von 1:50 000. Die neue Armeekarte wird in vier Farben ausgeführt mit einer überaus plastisch wirkenden Reliefstönung. Nach den vorliegenden Mustern darf man schließen, daß die Schweiz mit diesem neuen Kartenwerk wieder die erste Stelle in der Kartographie einnehmen wird, die sie schon einmal inne hatte mit den für ihre Zeit erstklassigen Kartenwerken von Dufour und Siegfried, die in manchen Teilen wahre Kunstwerke sind. Hoffentlich darf man die Landestopographie recht bald beglückwünschen zu den ersten Blättern der neuen Karte.

Sehr im Argen steht bei uns noch der Luftschutz. Schon die schweizerische Fliegertruppe ist sehr gering an Zahl mit ihren 125 kriegstauglichen Flugzeugen und bedarf dringend des Ausbaues. Wie kürzlich Oberstlt. i. Gst. Ackermann in einer Artikelserie ausführte, ergibt sich gerade aus der speziellen Lage des kleinen Landes das Erfordernis, in der Luft recht stark zu sein. Durch den Erneuerungsfonds für Militärflugzeuge ist seit zwei Jahren wenigstens die periodische Erneuerung des Flugzeugmaterials gewährleistet. Zur Zeit sind auch bemerkenswerte Versuche mit in- und ausländischen Musterflugzeugen im Gange. Wir bedürfen aber nicht nur der Erneuerung des jetzigen Materials, sondern darüber hinaus der Erhöhung des Flugzeugbestandes, auch wenn dadurch neue Opfer unumgänglich sind. Der militärisch organisierte Fliegerbeobachtungs- und Meldedienst ist nun überall geschaffen und sein Personal in besonderen Einführungskursen mit den Obliegenheiten dieses Dienstes vertraut gemacht worden. Auch nächstes Jahr finden wieder Einführungskurse und Übungen dieses Dienstzweiges statt. Was uns aber gänzlich mangelt, ist die Erdabwehr durch Fliegerabwehrgeschütze, die mit den modernen Geräten sehr wirkungsvoll sein kann und den immer mehr problematisch werdenden

Luftschutz durch Jagdflieger ergänzen muß. Wir sollten auch mit der Beschaffung einer ausreichenden Flakartillerie nicht länger zuwarten, nachdem heute die Waffentechnik hochwertige Modelle zur Verfügung stellt; allerdings sind auch hiefür ganz gewaltige außerordentliche Mittel notwendig. Schlimm bestellt ist es dann vor allem mit dem passiven Luftschutz der Zivilbevölkerung. Er wurde 1934 in Angriff genommen durch einen Bundesbeschluß, der die notwendige rechtliche Grundlage schuf und durch eidgenössische Instruktionskurse für das höhere Luftschutzpersonal der Kantone. Der weitere Ausbau wäre nun Sache der Kantone gewesen, die bis im Frühling für alle luftschutzpflichtigen Gemeinden einmal die personelle Organisation hätten aufstellen sollen. Die Kantone sind dieser Verpflichtung sehr verschieden nachgekommen. Einige unter ihnen haben rein gar nichts unternommen und den Luftschutz sabotiert, sodaß der Bundesrat die Frist für die Bildung der örtlichen Luftschutzorganisationen bis zum Herbst ausdehnen mußte. Es ist nicht bekannt, ob heute alle Kantone dieser Verpflichtung nachgekommen sind. Tatsache aber ist, daß kein Kanton weiter gegangen ist und daß außer der Organisation des Luftschutzpersonals keine anderen Maßnahmen getroffen worden sind. Es ist bemühend, mit welchem Widerstreben die Kantone an diese ihnen vom Bunde gestellte Aufgabe herangehen. Auf diese Weise wird der Luftschutz in der Schweiz nie etwas Rechtes werden, und die 327 000 Franken, die das Budget des Bundes vorsieht für den passiven Luftschutz der Zivilbevölkerung, sind in der lächerlichen Kleinheit dieser Summe glatt auf die Straße geworfen, solange nicht eine andere zweckmäßige Organisation getroffen wird. Oberstleutnant i. Gst. Ackermann sieht denn auch eine Lösung nur darin, die Aufgabe des Luftschutzes den Kommissionen wegzunehmen und einer militärischen Persönlichkeit zu überbinden nach französischem Vorbild.

Neuestens beginnt man sich endlich auch in der Schweiz zu beschäftigen mit dem Problem der wirtschaftlichen Kriegsvorsorge. Im Bundesbudget für 1936 sind sogar ganze 20 000 Fr. eingesetzt für die Einberufung von Offizieren zu sogenannten Abteilungsarbeiten auf dem Gebiet der wirtschaftlichen Kriegsvorbereitungen! Unterdessen aber läßt man ruhig eine anerkannt gute und leistungsfähige schweizerische Konstruktionswerkstätte für Flugzeuge (Alfred Comte) zu Grunde gehen. Am 29. November kam die Fabrik auf die Gant, während am 8. Dezember Oberstleutnant i. Gst. Ackermann schrieb: „Die Sicherstellung des Ersatzes durch Erhaltung einer eigenen Flugzeugindustrie ist ... Lebensnotwendigkeit der nationalen Luftwaffe." Daß man angesichts dieser Notwendigkeit eine Konstruktionswerkstätte, die schon sehr leistungsfähige Modelle hervorgebracht hat, einfach zu Grunde gehen läßt, statt sie mit Bundesaufträgen über Wasser zu halten, ist eine Ungeheuerlichkeit, die sich noch bitter rächen wird. Wie man erfährt, dachte man an Comte nur dann, wenn es galt, rasch eine Reparatur auszuführen, die er dann stets gewissenhaft besorgte, während der Bau von Militärflugzeugen den eidgenössischen Konstruktions-

werkstätten in Thun vorbehalten blieb, trotzdem dort lange nicht alles fehlerfrei konstruiert wurde! Die Kriegstechnische Abteilung des Eidgenössischen Militärdepartements scheint nicht gerade an Weitsichtigkeit zu leiden!

* * *

Eine Übersicht über den Stand der schweizerischen Landesverteidigung am Jahreswechsel zeigt wohl, daß auf vielen Gebieten im Kleinen rege gearbeitet wird, daß die großen und weitschichtigen Probleme aber nur sehr zögernd in Angriff genommen werden. Es geht in der Regel schon lange, bis in der Schweiz ein Problem nur erkannt wird. Dann vergehen wertvolle Jahre des Studiums, bis man sich zu einer Tat entschließt, deren Durchführung erst nochmals einige Jahre in Anspruch nimmt. Ein hoher Generalstabsoffizier hat letzten Sommer von einem Zustand des „Dauerstudiums" gesprochen, über den bei uns zahlreiche militärische Fragen überhaupt nicht oder nur nach sehr langer Zeit hinauskommen. Nun möchten wir auch nicht gerade überstürzten Beschlüssen und Maßnahmen das Wort sprechen. Aber es läßt sich nicht verleugnen, daß bei uns stets wertvollste Zeit einfach vergeudet wird durch solches „Dauerstudium", Zeit, die sich in der Regel nicht mehr nachholen läßt. Ereignet sich dann einmal eine Ausnahme, so erregt sie berechtigtes Aufsehen. Es sei nur die aufsehenerregende Tatsache erwähnt, daß der neue Waffenchef der Kavallerie schon wenige Monate nach seinem Amtsantritt die Rekrutenschulen aller leichten Waffen zu gemeinsamen Übungen zusammenzog und Versuche mit Tanks durchführen ließ. Wohl befinden sich auch diese Dinge immer noch im Studium, aber es ist doch schon bemerkenswert, daß ein frischer Wind weht um diese Versuche und die Dinge einmal anders angepackt wurden als bisher üblich war. Wenn es sonst in allen militärischen Dingen so furchtbar schwer geht, Fortschritte zu erzielen, so scheint die Schuld vor allem bei der militärischen Bürokratie in Bern zu liegen, die sich durch ganz besondere Schwerfälligkeit und ein ausgesprochenes Beharrungsvermögen, eine unmilitärische Scheu vor Verantwortung und ein stetes Ausweichen in der Richtung des geringsten Widerstandes auszeichnet. Das beste Beispiel hiefür bietet ja die bessere Ausbildung unserer Soldaten, die durch Bundesgesetz vom 28. September 1934 beschlossen und am 24. Februar 1935 vom Volke gutgeheißen wurde, aber erst ab 1. Januar 1936 zur Anwendung gelangt. Wäre das Referendum nicht ergriffen worden, so hätte die neue Ausbildungsordnung doch schon auf 1. Januar 1935 in Kraft treten müssen. Mit Rücksicht auf die Abstimmung hätte doch alles so vorbereitet werden können, daß eine Inkraftsetzung wenigstens auf 1. März möglich gewesen wäre. Die eidgenössische Militärverwaltung hat das nicht fertig gebracht. Sie ist den vielen Schwierigkeiten, die eine solche Lösung mit sich gebracht hätte, einfach ausgewichen und hat dafür lieber ein Jahr verloren. Man ist sich wahrscheinlich in Bern nicht bewußt, welche Mißstimmung diese völlig ungerechtfertigte, aber sehr bequeme Verzögerung

nicht allein in Offizierskreisen hervorgerufen hat, und welche Hochachtung der Offizier und Soldat überhaupt hat vor dem feldgrauen Amtsschimmel!

Es ist für den Einsichtigen kein Zweifel, daß Europa wieder mit Riesenschritten einem neuen Krieg entgegen geht. Wie die Schweiz dann bestehen wird, hängt zu einem guten Teil davon ab, wie uns das Ausland einschätzt und ob unsere Landesverteidigung ein Faktor ist, mit dem ganz ernsthaft gerechnet werden muß, oder den man einfach übersehen kann. Wir haben also nur eine Chance, von einem künftigen Krieg verschont zu bleiben, wenn wir unsere Landesverteidigung auf einen Stand bringen, der jedem Nachbar Respekt einflößt und Beachtung heischt. Wie lange uns Frist gegeben ist, um diesen Stand der Landesverteidigung zu erreichen, wissen wir nicht. Aber diese Frist kann kurz, sehr kurz sein. Infolgedessen wäre es Pflicht einer einsichtigen Bundesregierung, diesen Ausbau der Landesverteidigung mit verdoppelter und verdreifachter Energie zu betreiben und die jetzt pendenten Fragen so rasch durchzuführen, daß womöglich auch die heute noch in weiter Ferne schwebenden Probleme in Angriff genommen werden können. Wenn einmal das jetzige Bewaffnungsprogramm durchgeführt, die neue Truppenordnung in Kraft und die sechs Millionen für Grenzbefestigungen verbaut sein werden, warten schon wieder weitere dringende Aufgaben. Wir haben bereits die Vermehrung der Flugwaffe genannt, die Notwendigkeit einer Flugabwehrartillerie, die wirtschaftliche Kriegsvorbereitung. Dazu kommen der weitere Ausbau von Grenzbefestigungen, die Neubewaffnung auch der übrigen zwei Drittel der Motorartillerie, eine weitere Motorisierung und die Einführung des militärischen Vorunterrichtes. Wir dürfen diesen Dingen nicht länger ausweichen, sondern müssen sie bald und energisch an Hand nehmen, wenn wir bei Ausbruch des nächsten Krieges bereit sein wollen zum Schutze unserer Heimat.

In Volk und Räten ist heute die Einstellung günstig für einen weiteren Ausbau der Armee. Sache der Exekutive ist es, die ausnahmsweise günstige Stimmung und die große Arbeitslosigkeit, wie die uns noch zur Verfügung stehende Zeit auszunützen und durch eine gewaltige Anstrengung unsere Landesverteidigung wieder auf einen Stand zu bringen, der uns Sicherheit verspricht. Diktatorisch regierte Länder haben uns bewiesen, daß sie zu solchen Gewaltanstrengungen fähig sind. Will die älteste Demokratie ihnen nachstehen?